

Wie die kolumbianischen Kleinbauern an der Selbstsicherheit der Regierung rütteln

von Stephan Suhner

Am 16. September 2002 fand in Kolumbien ein grosser Protest der Kleinbauern, der ArbeiterInnen und der StudentInnen statt. Mit etwa 70'000 Teilnehmern allein in Bogotá war es einer der grössten Märsche, die Bogotá je erlebt hatte, und nach nur 40 Tagen Regierungsarbeit war es ein harter Schlag gegen die Selbstgefälligkeit und gegen die vermeintlich umfassende Zustimmung zur Politik Uribes. Ich hatte die Gelegenheit, im Rahmen einer internationalen Beobachtungsmission am Marsch in Bogotá und an weiteren Anlässen der Campesinos und der Sozialbewegung teilzunehmen. Eine Erfahrung, die ich nicht so schnell vergessen werde.

Ende Mai fand in Duitama in der Nähe von Bogotá die sogenannte Agrarschule statt. Während dreier Tage entwarfen 75 KleinbauernführerInnen von 25 verschiedenen Organisationen Handlungsstrategien für die Zukunft. Sowohl das Zustandekommen dieses Anlasses als auch die Verabschiedung gemeinsamer Beschlüsse sind als bedeutende Erfolge zu werten. Einer der Beschlüsse war, für den 16. September eine grosse Agrarmobilisierung zu organisieren. Dreieinhalb Monate intensiver Vorbereitung ermöglichten es, dass die Campesinos am 16. September eine einmalige Öffentlichkeit und Anerkennung erhielten. Trotzdem, in Erwartung der üblichen Repression, mit denen die Regierungen auf solche Proteste reagieren, wurden internationale Beobachter der Vía Campesina und verschiedener NGO eingeladen. Sie sollten einerseits die Menschenrechtssituation während den Protesten beobachten, aber mit ihrer Präsenz auch den gerechtfertigten Anliegen und Forderungen der Kleinbauern Nachdruck verleihen. Die Mobilisierung der Kleinbauern wurde von gegen 200 internationalen Organisationen - darunter auch die ASK - mit einer Solidaritätserklärung unterstützt.

Kernpunkte der Mobilisierung waren die Forderung nach einem Ende des Krieges, der Ausdruck von Opposition gegen die autoritäre Regierungspolitik von Präsident Alvaro Uribe, ein Stopp der Lebensmittelimporte, das Weiterbestehen der staatlichen Institutionen des Agrarsektors und die Agrarreform. Wenige Tage vor der Mobilisierung schlossen sich die drei Gewerkschaftszentralen dem Aufruf an, um gegen den Ausnahmezustand sowie gegen die geplante Arbeits- und Rentenreform zu protestieren. Jugendorganisationen solidarisierten sich mit dem Bauernprotest mit einem Marsch nach Bogotá. Die Regierung wollte die Mobilisierung gestützt auf die Massnahmen und Dekrete des Ausnahmezustandes für illegal erklären und gewaltsam unterdrücken, sodass bis fast zuletzt nicht klar war, ob die Mobilisierung durchgeführt werden konnte oder nicht. Eine Intervention der UNO veranlasste die Regierung zwei Tage vor dem Protest umfassende Garantien für den Protest zu verkünden. Trotz dieser Garantie der Regierung kamen aus den Regionen Informationen, wonach die Ordnungskräfte, manchmal zusammen mit den

Paramilitärs, die Mobilisierung verhindern, indem sie die Bevölkerung zwingen, in ihren Häusern zu bleiben, die Zirkulation auf den Strassen verboten oder die Lebensmittel und Habseeligkeiten der Kleinbauern verbrannten.

In Bogota begann der Tag mit einer Protestkundgebung beim staatlichen Agrarreforminstitut INCORA. Die Regierung beabsichtigt, das INCORA zusammen mit drei anderen Institutionen des Agrarsektors zu liquidieren und an deren Stelle eine einzige neue Institution zu schaffen. Begründet wird die Massnahme mit der Ineffizienz und Korruption der bestehenden Institutionen. SINTRADIN, die Gewerkschaft der Angestellten des INCORA wie auch die Bauernorganisationen befürchten jedoch, dass das neue Institut sehr schwach sein wird, und die Regierung kein Interesse daran hat, eine wirklich starke und effiziente Institution zu Gunsten der Campesinos zu schaffen. SINTRADIN schlägt deshalb eine finanzielle und personelle Aufwertung des INCORA und die Wiederherstellung seiner ursprünglichen Funktionen vor.

Etwas nach 11.00 Uhr setzte sich dann der eigentliche Protestmarsch in Bogotá vom Nationalpark aus in Bewegung. Trotz der Unsicherheit wegen allfälliger repressiver Massnahmen der Regierung folgte die Bevölkerung dem Aufruf massiv. Man spricht von 50-70'000 DemonstrantInnen in Bogota. Insgesamt mobilisierten sich gegen 150'000 Bauern und Bäuerinnen, ArbeiterInnen und Jugendliche in 15 Departementen. Die Präsenz von Kleinbauern war in Bogota reduziert, da die Strassensperren der Armee und teilweise der Paramilitärs verhinderten, dass sie aus den umliegenden Regionen nach Bogota gelangen konnten. Die Vertreter der Kleinbauernorganisationen und der Gewerkschaften der staatlichen Agrarinstitutionen durften den Marsch als Zeichen des Respekts gegenüber den Campesinos anführen, die verschiedenen Gewerkschaften folgten nach. Die Personen, die die Strassen entlang des Marsches säumten, brachten den Anliegen der Bauern viel Sympathie entgegen. Auffallend war auch die erhebliche Zahl an Vertretern von NGO und Abgeordneten des Polo Democrático (Sammelbecken linker und unabhängiger Parlamentsabgeordneter), die mit den Campesinos marschierten. Sprechchöre wie "Reforma Agraria - urgente y necesaria" oder "Alimentos importados - campesinos desplazados" (Landreform - dringend und notwendig, Importierte Lebensmittel - vertriebene Kleinbauern) waren zu hören.

Als sich der Bolivarplatz schon mit Leuten füllte, begannen die letzten TeilnehmerInnen erst den Marsch im drei Kilometer entfernten Park. Obwohl die Marschroute dicht mit Polizisten in Kampfmontur gesäumt war, war die Stimmung anfänglich locker und aufgeräumt. Mit der Ruhe der Demonstration war es jedoch vorbei, als die Nachricht den Bolivarplatz erreichte, dass die Polizei den Protestmarsch auf der Höhe der Avenida Jimenez mit Panzerfahrzeugen zweiteilte. Es scheint, dass die Regierung vom Erfolg der Demonstration überrascht wurde und deshalb zur Repression griff. Plötzlich explodierten etwa einen Kilometer vom Bolivarplatz entfernt ein paar Knallkörper, worauf die Polizei Tränengas einsetzte, wild auf die friedlichen Demonstranten einschlug und über 50 StudentInnen festnahm. Die Organisatoren des Studentenmarsches versicherten glaubwürdig, dass die Knallkörper nicht von den Studenten geworfen wurden, und dass es unmöglich war, mit dem verantwortlichen Polizeikommandanten zu sprechen. Es muss deshalb von einer gezielten Provokation der Sicherheitskräfte ausgegangen werden. Nach den Zwischenfällen in der Avenida Jimenez umstellte die Polizei in Kampfmontur den Bolivarplatz und drohte damit, die Demonstration gewaltsam

aufzulösen. Die Spannung auf dem Platz stieg spürbar, erste Gruppen versuchten, den Platz zu verlassen und auch wir internationale Beobachter sorgten uns um die Sicherheit. Einer exzellenten Rede von Julio Roberto Gómez, dem Präsidenten der Gewerkschaftszentrale CGTD, in der er zur Besonnenheit aufrief, war es wesentlich zu verdanken, dass sich die Situation nachher etwas beruhigte.

Nach dem Protestmarsch führten wir eine gemeinsame Pressekonferenz mit den kolumbianischen Organisatoren des Marsches, dem Nationalen Kleinbauernrat, durch. Dabei ging es v.a. darum, unsere Präsenz zu erklären, den Verleumdungen und falschen Anschuldigungen der Regierung entgegenzutreten, die massive Repression anzuklagen und von der Regierung Garantien für die protestierenden Gemeinschaften in den verschiedenen Regionen zu fordern. Langsam sickerten aus den Regionen beunruhigende Meldungen von massiven Übergriffen der Sicherheitskräfte gegen die demonstrierenden Kleinbauern durch. Ebenso wurde bekannt, dass insgesamt acht Mitglieder der internationalen Beobachtungsmission festgenommen worden waren und ihnen die Ausschaffung drohte. Es handelte sich um drei Spanier - zwei wurden in Sucre und einer in Tolima festgenommen -, sowie um drei Belgier und ihre zwei Begleiter - diese wurde in ihrem Hotel im Cauca im Schlaf festgenommen. Die Regierung warf diesen acht Beobachtern - und indirekt uns allen - vor, ohne Visum, respektive als Touristen, eingereist zu sein, sich in innere Angelegenheiten eingemischt und die Bauern (zu Gewalt) aufgestachelt zu haben. Die Regierung Uribe schien plötzlich eine ältere Bestimmung anzuwenden, wonach Vertreter von NGO ein Spezialvisum benötigen. Ausserdem müssen Ausländer unter der Ausnahmegesetzgebung für Reisen in verschiedene Regionen Bewilligungen einholen. Soweit bekannt, war die Anwesenheit der festgenommenen Ausländer den Behörden bekannt, und ausserdem stellte sich verschiedentlich heraus, dass die angeblich zuständigen Stellen über die neuen Massnahmen gar nicht informiert waren. Die Festgenommenen hatten also nicht gegen Vorschriften des Ausnahmezustandes verstossen. Die Absicht der Regierung hinter diesen formellen Argumenten war aber allen klar: sie duldet keine ausländischen Zeugen!

Wir internationalen Beobachter in Bogota verwendeten unsere Energien in den darauffolgenden Tagen dafür, zu versuchen, die Deportation der festgenommenen Kollegen zu verhindern, Garantien für unseren weiteren Aufenthalt zu erhalten und auch Garantien für die Sicherheit der mobilisierten Kleinbauern einzufordern. Dazu sprachen wir beim UNO-Menschenrechtsbüro, bei verschiedenen europäischen Botschaften und bei Regierungsstellen vor. Der Vía Campesina-Vertreter aus Honduras lieferte sich sogar ein Rededuell im Fernsehen mit dem Direktor des DAS und siegte klar nach Punkten. Die Ausweisung der drei Spanier konnte nicht mehr verhindert werden, aber der Druck von verschiedenen Seiten und auch die Proteste in Europa aufgrund der Deportation der Spanier liessen die kolumbianische Regierung etwas leiser treten. Die Belgier konnten das Land normal verlassen, und uns wurde in Bogotá kein Haar gekrümmt.

Die Kleinbauernorganisationen zogen in den Tagen nach den Protesten ein grundsätzlich positive Bilanz. Die bäuerliche Basis folgte dem Aufruf der Organisationen massiv, wenn auch in regional unterschiedlichem Masse, trotz der massiven Einschüchterungskampagne der Regierung und der offenen, brutalen Repression. Sicher weit über 50'000 mobilisierte Kleinbauern in 15 Departementen, die ihre Proteste teils während mehreren Tagen unter schwierigsten Bedingungen aufrecht hielten, ist ein grosser Erfolg. Mit diesen Protesten haben sich die

Kleinbauern einen festen Platz und Respekt innerhalb der Sozialbewegung erworben, was sich unter anderem darin manifestierte, dass die Campesinos den Marsch in Bogotá anführten und eine Vertreterin der ANUC-UR auf dem Bolivarplatz als erste ihre Rede hielt. Die Probleme der Landbevölkerung sind einer breiteren Öffentlichkeit bewusst geworden, die Campesinos sind aus dem Schatten des Vergessens herausgetreten. Ich beobachte die Kleinbauernbewegung nun schon seit einigen Jahren, und in den vergangenen Jahren hatten sie nie eine derartige öffentliche Präsenz erreicht. Sowohl während der Mobilisierung als auch an den verschiedenen weiteren Anlässen, an denen ich als Beobachter teilnahm - z.B. die Lancierung des Kolumbianischen Komitees gegen den Lateinamerikanischen Freihandelsvertrag ALCA - wurde deutlich, dass die Campesinos die ihnen gebotenen Räume viel effizienter nutzen als noch vor zwei Jahren, als ich das letzte Mal in Kolumbien war. In diesem Sinne war die Protestaktion ein wichtiger weiterer Schritt auf dem Weg der Einforderung ihrer Rechte und bei der Konsolidierung des bisher Erreichten.

Trotzdem, es gibt auch einige gewichtige negative Punkte: bei der Vorbereitung sind alte Spannungen und Rivalitäten zwischen den verschiedenen Organisationen erneut aufgebrochen. Ursprünglich wurde die Mobilisierung vom Nationalen Kleinbauernrat CNC, vom Nationalen Agrarkoordinator CNA, von den Indigenen und von den Afrokolumbianern getragen. Politische Differenzen und die Versuche gewisser politischer Sektoren, die Mobilisierung für eigene Zwecke zu manipulieren, haben dazu geführt, dass sich der CNA sowie die meisten indigenen und afrokolumbianischen Organisationen von der Mobilisierung zurückzogen. Die unterschiedliche Stärke und die politischen Ausrichtungen der zehn Organisationen des CNC haben auch innerhalb des CNC zu Spannung geführt. So blieb mir der schale Eindruck, dass die Campesino - Organisationen trotz der riesigen Problemen, denen sie gemeinsam gegenüberstehen, immer noch viel zu viel Energie in alten Streitigkeiten verschwenden. Positiv ist hingegen, dass diese Differenzen und Ressentiments in den Evaluationsgesprächen sehr offen zur Sprache gebracht wurden, Fehler eingestanden und Kritik angehört wurde. Allen Beteiligten wurde klar, dass nichts an der Einheit der verschiedenen Organisationen vorbeiführt, und der Wille wurde immer wieder bekräftigt, weiter daran zu arbeiten. Ebenso wurde von allen anerkannt, dass die Organisationen generell schwach sind, dass die Arbeit in den Regionen und mit der Basis verbessert werden muss. Während der Mobilisierung sind kritische Schwachpunkte in der Organisationen zu Tage getreten: so gestaltete sich die Kommunikation mit verschiedenen Regionen enorm schwierig, einige Räume und Plattformen konnten wegen ungenügender Vorbereitung zu wenig genutzt werden, die Verhandlungen mit der Regierung wurden schlecht vorbereitet und waren zu wenig koordiniert.

Viele Kleinbauernführer erwähnten in den Gesprächen immer wieder die mangelnde Information und die schwache rechtlich-thematische Abstützung ihrer Vorschläge (z.B. das Agrarreformgesetz des CNC) und Verhandlungspositionen. Bei einigen v.a. jüngeren Führungspersonen reift immer mehr die Einsicht, dass sich die Kleinbauern noch mehr Öffnen müssen, dass sie ihren Diskurs erneuern und neue Themen (z.B. Gentechnik in der Landwirtschaft) aufgreifen müssen. Nicht zuletzt ist ein Generationenwechsel angesagt. Tatsächlich ist mir immer wieder aufgefallen, dass an den Redepulsten meistens in Ehren ergraute Campesinoführer stehen, die z.T. schon in den 60er Jahren für die Landreform kämpften. Verschiedene neue Tendenzen und Arbeiten, die ich während meines einmonatigen

Aufenthaltes kennen lernen konnte, lassen hoffen, dass diese Defizite allmählich überwunden werden. Speziell aufgefallen ist mir die wesentlich verbesserte Zusammenarbeit zwischen den Kleinbauernorganisationen und verschiedenen NGO, wo noch vor zwei Jahren blankes Misstrauen dominierte.

Speziell zu erwähnen sind die Anstrengungen des Anwaltskollektiv José Alvear Restrepo, von Planeta Paz sowie von ILSA und CINEP: Das Kollektiv unterstützt die Campesinos in unzähligen Prozessen wegen Menschenrechtsverletzungen und studiert rechtliche Schritte gegen die permanente Verletzung der mit den Campesinos geschlossenen Abkommen durch die Regierung. Planeta Paz hat den Campesinos für die Organisation der Mobilisierung ihre Kommunikationsinfrastruktur zur Verfügung gestellt und gemeinsam mit dem Kollektiv die Beratung übernommen. CINEP und ILSA sind federführend bei einer umfassenden Studie über die Kleinbauernwirtschaft, dem so genannten permanenten Agrarseminar, und erarbeiten Vorschläge für eine *Öffentliche Landwirtschaftspolitik für den Frieden* aus Kleinbauernperspektive. Dieser Vorschlag wird aktuell mit allen Agrarorganisationen diskutiert und soll an einem grossen Agrarkongress im Februar 2003 verabschiedet werden. CINEP, ILSA und v.a. Planeta Paz haben verschiedene Initiativen ergriffen, um neue Führungspersonen auszubilden, die Planungskapazitäten der Organisationen zu erhöhen und sie auf dem Weg zur Einheit und zur Erarbeitung umfassender Lösungsvorschläge für ihre Probleme zu unterstützen.

Ganz allgemein berührt es mich immer wieder, zu sehen, wie die meisten Organisationen trotz allen Schwierigkeiten, dem ungünstigen wirtschaftlichen Umfeld, der staatlichen Vernachlässigung und den verschiedenen Repressionsformen, unermüdlich weiter arbeiten. Ich habe von verschiedener Seite auch viel Kritik an den Kleinbauernorganisationen gehört, die sicher teils berechtigt ist. Wenn man sich aber bewusst wird, was es heisst, den Verlust von Hunderten von Führungspersonen zu überwinden und in einem Land im Krieg weiterhin eine organisierte Basis in den Regionen zu unterhalten, verdienen die Kleinbauernorganisationen für ihr Engagement, für ihre Zukunftspläne und ihren Kampf um verbriefte Rechte unsere volle Unterstützung und Solidarität, bei allen bekannten Schwachpunkten. Ich kehrte mit gestärkter Hoffnung in die Schweiz zurück, und mit der festen Absicht, von hier aus meinen Beitrag zu leisten.